

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1937

39 (16.2.1937)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegr. 1829 / Heimatblatt für die Stadt und den früheren Amtsbezirk Durlach

Pfinztäler Bote

für Grözingen, Berghausen, Söllingen, Wöschbach und Kleinsteinbach

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbezirk monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.
Im Falle höherer Gewalt hat der Bezugsnehmer keine Ansprüche bei verspäteter oder nichterhalten der Zeitung.

Anzeigenberechnung: Die 6 gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig. Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. 3. Zt. ist Preisliste Nr. 4 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzwünsche und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden.

Nr. 39

Dienstag, den 16 Februar 1937

108. Jahrgang

Befriedigungswerk des Führers für die evangelische Kirche

Erlaß an den Reichskirchenminister — Einberufung der verfassunggebenden Generalsynode der Deutschen Evangelischen Kirche

Berchtesgaden, 15. Febr. Der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten, Kerrl, hielt am Montag den Führer Vortrag über die kirchlich-politische Lage.

Der Führer gab im Anschluß an den Vortrag folgenden Erlaß heraus:

Erlaß des Führers und Reichkanzlers über die Einberufung einer verfassunggebenden Generalsynode der Deutschen Evangelischen Kirche.

Nachdem es dem Reichskirchenministerium nicht gelungen ist, eine Einigung der kirchlichen Gruppen der Deutschen Evangelischen Kirche herbeizuführen, soll nunmehr die Kirche in voller Freiheit nach eigener Bestimmung des Kirchenvolkes sich selbst die neue Verfassung und damit eine neue Ordnung geben. Ich erwarte daher den Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten, zu diesem Zweck die Wahl einer Generalsynode vorzubereiten und die dazu erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Der Führer und Reichkanzler,
gez. Adolf Hitler.

Das Kirchenvolk soll selbst bestimmen

Zu dem Erlaß des Führers über die Einberufung der verfassunggebenden Generalsynode der Deutschen Evangelischen Kirche schreibt der Deutsche Dienst:

Als im Jahre 1933 nach der Machtübergang der Nationalsozialismus das deutsche Volk einigte, die Parteien zerstückelt und die Länder unter die absolute Führung des Reiches brachte, da ergab sich von selbst die Frage, was aus der in zahllose kleine Landeskirchen zerstückelten evangelischen Kirche in Deutschland werden sollte. Denn es lag auf der Hand, daß der Einigung des Volkes und der Aufhebung der Länderhoheit auch eine gewisse Zusammenfassung der Landeskirchen hätte folgen müssen, um den alten Traum von der deutschen Einheit vollkommen zu erfüllen. Die Notwendigkeit dieser Zusammenfassung ergab sich von vornherein schon aus dem Gesichtspunkt, daß man schließlich nicht den territorialen Stand Deutschlands von 1866 in einer Zeit konservieren und verewigen kann, in der alles zu einer Einheit innerhalb Deutschlands strebt und die meisten Länder, in denen die Landeskirchen entstanden waren, bereits von der Landkarte verschwunden sind, während die übrigen ihre Länderhoheit haben aufgeben müssen.

Schon damals war der nationalsozialistische Staat sich klar darüber, daß ein Eingriff in das Bekenntnis der Kirche niemals in Frage kommen könne und der Nationalsozialismus lediglich den kirchlichen Frieden und die kirchliche Einheit in Deutschland wolle. So wurde, um der Kirche eine Spitze zu geben, unter deren Schutz sich vielleicht allmählich die Einigung der Landeskirchen hätte vollziehen können, ein Reichsbischof bestimmt. Die Einsetzung des Reichsbischofs und die Schaffung einer Spitze der Deutschen Evangelischen Kirche aus den Kräften der Kirche heraus, führte jedoch nicht zu dem gewünschten Ziel. Um den Weg für eine Einigung frei zu halten, enthielt

sich schließlich der Reichsbischof aller seiner Funktionen. Die Leitung der Kirche übernahm ein aus ergrauten Kirchenführern bestehender Reichskirchenauschuß, dessen Mitglieder den verschiedenen Kirchenrichtungen nahe stehen. Entsprechend dem Reichskirchenauschuß übernahmen in den vielen Landeskirchen Landeskirchenauschüsse die geistliche Leitung. Die heißen Bemühungen des Reichskirchenauschusses um eine Einigung innerhalb der evangelischen Kirche blieben erfolglos, weil die einzelnen Fronten sich inzwischen immer mehr verhärtet hatten und heute niemand mehr weiß, in welchem Maße das Kirchenvolk selbst sich zu den Bestrebungen der einzelnen Richtungen positiv oder negativ verhält.

Es gehört nun zu den Grundfragen des nationalsozialistischen Staates, daß das Gesetz jeden Handelns der Wille des Volkes ist. Dieser Grundsatz muß naturgemäß auch in einer so modernen Demokratie, wie sie das neue Deutschland darstellt, auf das Kirchenvolk Anwendung finden. Genau so, wie das deutsche Volk gegenüber dem Staate in jedem Jahr Gelegenheit zu einer Willenskundgebung erhalten hat, bekommt nun auch das Kirchenvolk Gelegenheit, durch die Ansetzung der Wahl einer verfassunggebenden Generalsynode seinem Willen Ausdruck zu geben und selbst die Männer seines Vertrauens zu bestimmen, die nun auf dem Boden der Kirche dieser eine Verfassung geben und aufgrund der Verfassung die Art der Führung der Kirche bestimmen sollen. Die Wahl wird unter kirchlicher Leitung und nur auf kirchlichem Boden stattfinden. Der Staat wird sich wie bisher jeden Eingreifens in die Leitung der geistlichen Dinge enthalten und auch auf die Wahl der verfassunggebenden Generalsynode keinerlei Einfluß nehmen. Damit erhält die Kirche in Deutschland eine Freiheit, sich ihr Schicksal selbst zu bestimmen, wie sie sie in solchem Maße noch niemals befreit hat. Damit ist auch dem Gesagten von einer Unterdrückung der Kirche in Deutschland endgültig ein Ende gemacht. Der nationalsozialistische Staat hat ausdrücklich den Schutz der christlichen Bekenntnisse garantiert. Der Führer hat durch diesen neuen Erlaß wieder einmal unter Beweis gestellt, daß es dem Staat mit dem Schutz der christlichen Bekenntnisse Ernst ist.

Nun ist der Weg frei für die Gemeinschaft der Gläubigen in der Deutschen Evangelischen Kirche. Nun können sie den ferneren Weg der Kirche selbst bestimmen und in ihrem eigenen Hause die Ordnung schaffen, um die nun vier Jahre innerhalb der evangelischen Kirche gerungen worden ist. Man darf mit Zug und Recht erwarten, daß jene — allerdings zahlenmäßig nicht sehr bedeutenden — Kreise innerhalb der Kirche, die zwar immer wieder ihre positive Einstellung zum Staat betonten, aber in der Praxis dem Staat in diesen Jahren so manches Leid zufügten und ihm vorzuenthalten versuchten, was ihm gebührt, die Großzügigkeit des Führers und des Reiches anerkennen. Man darf weiter erwarten, daß sie in tiefer Dankbarkeit alle ihre Mähen darauf verwenden, sich auf der ihnen vom Führer gegebenen Basis entsprechend ihrer Verantwortung vor Gott in der verfassungsmäßigen Generalsynode mit allen denen zusammenzufinden, die guten Willens sind, um endlich einem Zu-

stand der Uneinigkeit ein Ende zu machen, der ganz ohne Zweifel schwere Gefahren für die Zukunft der Kirche heraufbeschworen hat.

Das Befriedigungswerk im Spiegel der Berliner Presse.

DA, Berlin, 16. Febr. Der Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Einberufung einer verfassunggebenden Generalsynode der Deutschen evangelischen Kirche wird von den Berliner Morgenblättern in großer Aufmerksamkeit veröffentlicht und allgemein als großes Befriedigungswerk gewürdigt.

Der „Völkische Beobachter“ schreibt: Der bedeutende neue Erlaß des Führers gibt der evangelischen Kirche in hochherziger Weise die Gelegenheit, vor aller Welt zu beweisen, inwiefern sie die Herzen des deutschen Volkes anzusprechen versteht. Es wird auch der Kirche nur Recht sein, daß sie die ihr heute inne wohnende Kraft vor Augen führen kann. Der Staat aber tritt erneut den durch nichts wegzuleugnenden Beweis an, daß sein Reich von dieser Welt und er sich durch nichts davon abbringen läßt, die Glaubensfreiheit jedes einzelnen unangestastet zu lassen. Die Stunde der evangelischen Kirche ist da! Es liegt bei ihr, wie sie die große Gelegenheit zu nutzen versteht. Der Erlaß des Führers birgt alle Voraussetzungen, die es der evangelischen Kirche ermöglichen, nunmehr endgültig und allumfassend in ihren Reihen Frieden zu stiften. Das deutsche Volk wird die evangelische Kirche danach beurteilen, wie sie die Regelung der innerkirchlichen Fragen in Einflang zu bringen weiß mit dem Umbruch unserer Zeit.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ führt aus: Der Führer hat mit seinem Erlaß der Deutschen evangelischen Kirche eine ganz große Möglichkeit gegeben: Die evangelische Kirche wird eine neue Urwahl vornehmen und damit aus eigener Kraft eine Erneuerung von innen an sich selbst vollziehen können. Das Ausland hat oft in keineswegs ehrlich bemühter Weise die deutsche Kirchenfrage zum Gegenstand der Polemik gemacht. Der Führer hat nun auf diesem Gebiet ein großes Befriedigungswerk eingeleitet. Es handelt sich um einen erneuten Beweis zum Weltfrieden, und zwar auf einem Gebiet, dessen Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann: sowohl für den inneren Frieden des deutschen Volkes als für den Frieden der Welt.

Freiwilligenverbot für Spanien ab 20. Februar

DA, London, 15. Febr. Die für Montag anberaumte Sitzung des gemischten Unterausschusses der sechs Mächte, die sich mit der portugiesischen Frage befassen sollte, wurde vertagt.

Unmittelbar darnach trat der Unterausschuß des Vorsitzenden des Nichteinmischungsausschusses zusammen. Die in dem Ausschusse vertretenen Mächte kamen in der Sitzung überein, daß das Freiwilligenverbot am 20. Februar Mitternacht in Kraft treten soll und daß der vom Ausschusse berathene Plan einer Land- und Seekontrolle vom 6. März Mitternacht an in Gang gesetzt werden soll. Dieser Beschluß wird bereits am Dienstag dem Gesamtausschuß zur allgemeinen Annahme vorgelegt werden. Der Unterausschuß des Vorsitzenden ging dabei von der Erwartung aus, daß auch in den Einzelheiten des Kontrollplanes, wegen der noch gewisse Schwierigkeiten bestehen, die u. a. in einem portugiesischen Vorbehalt zum Ausdruck gekommen sind, eine befriedigende Lösung gefunden wird.

Die amtliche Verlautbarung über die Beschlüsse des Londoner Unterausschusses.

DA, London, 16. Febr. Ueber die Sitzung des Unterausschusses des Nichteinmischungsausschusses am Montag abend, über deren Ergebnis bereits kurz zusammenfassend berichtet worden ist, wurde folgende Verlautbarung ausgegeben:

1. Der Unterausschuß prüfte die Methoden, durch die am schnellsten eine Vereinbarung hinsichtlich des vorgeschlagenen Ueberwachungsplanes erreicht werden könnte. Nach einem allgemeinen Meinungsaustausch einigten sich die Vertreter Englands, Belgiens, der Tschechoslowakei, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Schwedens und der Sowjetunion, im Namen ihrer Regierungen dem internationalen Ausschusse die folgende Vereinbarung zu empfehlen:

a) von der Mitternacht zwischen dem 20. und 21. Februar 1937 an das Nichteinmischungsabkommen auf die Anwerbung in den betreffenden Ländern von Personen nicht-spanischer Staatsangehörigkeit auszudehnen, die beabsichtigen, sich nach Spanien oder den spanischen Besitzungen zu begeben, um in dem gegenwärtigen Krieg Dienste zu nehmen, sowie das Abkommen

Rundgebung Deutsch-italienischer Freundschaft

Die italienischen Arbeitsführer auf der Ordensburg Vogelsang — Dr. Ley übergibt die Disziplinarordnung für die Ordensburg

DA, Köln, 15. Febr. Präsident Tullio Cianetti, der am Montagvormittag Zeuge der Ehrungen war, die die Stadt Köln dem Schöpfer und Leiter der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley darbrachte, begann Mittag mit drei engeren Mitarbeitern seine Studienreise durch Deutschland.

Die italienischen Gäste waren bei den Feiern im Rathaus wie auch später im Gürzenich Gegenstand herzlicher Rundgebungen. Mit den Ehrenaberdungen der Werksharen hatte das gesamte schaffende Deutschland in Präsident Cianetti die befreundete italienische Nation begrüßt. Das erste Ziel der Deutschlandreise, zu dem der italienische Arbeitsführer von Reichsleiter Dr. Ley und zahlreichen Vertretern aus Partei und VVZ geleitet wurde, war die Ordensburg Vogelsang. 500 Junker waren mit ihren Lehrern im Burghof zum Empfang angetreten. Nach dem Abschieden der Front machte Dr. Ley mit den Gästen einen Rundgang durch das Gelände und die Räume der Burg. Der Burgkommandant begrüßte Präsident Cianetti als den ersten ausländischen Gast dieser Burg und beglückwünschte Johann Dr. Ley zu seinem 47. Geburtstag.

Dr. Ley hielt dann eine Ansprache und übergab dem Kommandanten eine Disziplinarordnung, die von jetzt an auf allen

Ordensburgen Geltung hat. Der Reichsorganisationsleiter stellte dabei die Bedeutung einer solchen Disziplinarordnung heraus. Zu allen Zeiten sei das sichtbarste Zeichen des Glaubens der Gehorsam gewesen. Nur wo Gehorsam sei, sei Bleibendes geschaffen worden. Und nirgends mehr müsse der Gehorsam als oberstes Gesetz gelten, als bei der Auslese der Bewegung, die in die Ordensburgen einziehe.

Dr. Ley brachte abschließend Heil-Rufe auf den König von Italien und Kaiser von Äthiopien, auf Mussolini und den Führer Adolf Hitler aus. Für kurze Zeit vereinigte das Mittagessen Gäste und Junker. Präsident Cianetti gab dabei seiner großen Bewunderung für das Gesehene Ausdruck und betonte, die gleichen Ideale ständen über der faschistischen wie über der nationalsozialistischen Revolution. Auf dieser Gemeinsamkeit beruhe die parallele Abwehrstellung, die Deutschland und Italien gegen den alle Werte zerstörenden Bolschewismus eingenommen hätten.

Dr. Ley fuhr am Nachmittag mit den Gästen nach Aachen und zeigte ihnen die „Dr. Robert-Ley-Siedlung“ im Wurmrevier.

auf die Durchfahrt solcher Personen durch die betreffenden Länder oder ihre Abreise aus diesen Ländern auszudehnen,
 b) dem internationalen Ausschuss so bald wie möglich Mitteilungen über die Schritte ihrer Regierungen zur Wirksammachung des Abkommens im obigen Sinne zu liefern,
 c) von dem oben erwähnten Zeitpunkt an das von ihrem technischen beratenden Ausschuss vorbereitete Ueberwachungs-system anzunehmen, vorbehaltlich der endgültigen Vereinbarung ausstehender Fragen, die damit verbunden sind,
 d) von der Mitternacht zwischen dem 6. und 7. März 1937 an

das unter c) erwähnte Ueberwachungs-system in Kraft zu setzen.
 2. Das Abkommen wird dem internationalen Ausschuss von den oben genannten Vertretern auf einer am Dienstag, den 16. Februar 1937, nachmittags 3,30 Uhr anberaumten Sitzung zur Annahme durch die nicht in dem Unterausschuss des Vorsitzenden vertretenen Regierungen vorgelegt werden.
 Der portugiesische Vertreter erklärte sich bereit, dem internationalen Ausschuss die Annahme der Abschnitte a) und b) des Abkommens ebenfalls zu empfehlen, aber er behielt sich die Stellungnahme der portugiesischen Regierung hinsichtlich der Abschnitte c) und d) vor.

Meldungen für schnelle Leser

Berchtesgaden. Der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten, Kerrl, hielt am Montag dem Führer Vortrag über die kirchenpolitische Lage.

Der Führer gab im Anschluss an den Vortrag folgenden Erlass heraus: Nachdem es dem Reichskirchenauschuss nicht gelungen ist, eine Einigung der kirchlichen Gruppen der Deutschen evangelischen Kirche herbeizuführen, soll nunmehr die Kirche in voller Freiheit nach eigener Bestimmung des Kirchenvolkes sich selbst die neue Verfassung und damit eine neue Ordnung geben. Ich ermächtige daher den Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten, zu diesem Zweck die Wahl einer Generalsynode vorzubereiten und die dazu erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Berlin. Ministerpräsident Generaloberst Göring verließ Montagabend mit dem jahreplanmäßigen Zug Berlin, um sich, der Einladung des polnischen Staatspräsidenten Folge leistend, zur Staatsjagd nach Bialowieza zu begeben.

Röln. Das erste Ziel der Deutschlandreise, zu dem der italienische Arbeitsführer Cianetti von Reichsleiter Dr. Ley begleitet wurde, war die Ordensburg Vogelsang. Dr. Ley übergab dabei dem Burgkommandanten eine Disziplinarordnung, die von jetzt an auf allen Ordensburgungen Geltung hat.

Wien. Um künftig moskowitzische Propaganda über Wien zu verhindern, wird erwogen, durch das Bundesheer eine eigene Abwehr gegen solche Propagandaüberfälle einzurichten. Mehrere Jagdflugzeuge sollen ständig startbereit gehalten werden.

Warschau. Die polnische Telegraphenagentur veröffentlichte eine amtliche Erklärung, aus der hervorgeht, daß auch Polen den wahren Sinn der Pariser Pressebege über Danzig erkannt hat, nämlich in der öffentlichen Meinung in tendenziöser Weise Unruhe zu stiften.

London. Der Unterausschuss des Vorsitzenden des Nichtmischungsausschusses schlägt dem Gesamtausschuss der am Dienstag zusammentritt, vor, das Freiwilligenverbot am 20. Febr. und die Land- und Seckontrolle am 6. März in Kraft treten zu lassen.

Komno. Aus Anlaß des Jahrestages der litauischen Unabhängigkeitserklärung hat der Staatspräsident zahlreiche Begnadigungen Gefangener vorgenommen. Unter den Begnadigten befinden sich acht Memelländer, die im großen Memelländerprozess 1935 verurteilt worden waren, und der frühere Generalstabchef Kubilinas und der Jultenoberst Radies, die wegen Teilnahme an dem Militärputsch vom Sommer 1934 feinerzeit die Todesstrafe erhielten.

Was will Frankreich in Osteuropa?

Ein neuer Lügenfeldzug gegen Deutschland

Berlin, 15. Febr. Wie aus Paris gemeldet wird, bringt die französische Presse plötzlich sehr einheitliche Meldungen über angebliche deutsche Staatsstreikpläne auf Danzig. So wird behauptet, daß Deutschland beabsichtige, Danzig zu besetzen und dem Reich einzuverleiben und so den Frieden in Osteuropa zu gefährden. In anderen Meldungen heißt es wieder, daß bei dem augenblicklichen Jagdbesuch des Generalobersten Göring und des Senatspräsidenten Greiser in Polen die Einzelheiten der Ueberleitung der Danziger Souveränität auf Deutschland besprochen werden würden. Havas läßt sich im Zusammenhang damit aus Warschau melden, daß man in dortigen politischen Kreisen eine derartige Entwicklung durchaus für möglich halte und sensationelle Vorschläge des Generalobersten Göring an Polen anlässlich seines Besuchs erwartet würden.

Dazu schreibt der „Deutsche Dienst“: Ein großer Teil der französischen Presse leidet jedoch einen neuen Lügenfeldzug gegen Deutschland ein und behauptet dieses Mal, daß Deutschland einen Staatsstreik auf Danzig beabsichtige, um Danzig dem Deutschen Reich einzuverleiben. Die zufälligen Jagdbesuche von Generaloberst Göring und Senatspräsident Greiser in Polen, die in jedem Jahre sich zu wiederholen pflegen, werden zum Anlaß phantastischer Kombinationen genommen, die wieder einmal die Aufmerksamkeit der Welt auf Deutschland lenken und Deutschland als Unruhefester hinstellen wollen. Es handelt sich um die gleichen französischen Zeitungen, die bereits durch ihre Marokko-Hege vor der ganzen Welt blamiert und bloßgestellt worden sind, und die trotzdem offenbar aus ihrer Blamage noch nichts gelernt haben. Und es ist noch nicht lange her, daß die mit großen Mitteln aufgezogene Marokko-Hege der französischen Presse vor der ganzen Welt als ein plummes, übles Lügenmanöver entlarvt wurde, das inszeniert worden war, um den Frieden in Europa zu stören. Die französische Regierung hat seinerzeit Anlaß genommen, von dieser Lügenhege der französischen Presse deutlich abzureden und ausdrücklich den französischen Friedenswillen zu betonen. Um so erstaunter wird die Weltöffentlichkeit sein, daß nach dem Zusammenbruch der französischen Marokko-Hege nunmehr Danzig offenbar das neue Objekt der Phantasie gewisser französischer Journalisten vom Stile der Sowjetagentin Madame Tabouis, des Juden Pertinax-Grünbaum vom „Echo de Paris“ und ähnlicher fragwürdiger Existenzen sein soll. Die neue Hege trägt deutlich den Stempel ihrer Herkunft an der Stirn: sie ist ganz sicher wiederum ein Sowjetprodukt, und diejenigen französischen Zeitungen, die für das neue Manöver gewonnen werden, werden zweifellos ihren klingenden Lohn in französischen Franken von der Sowjetbotschaft in Paris bereits empfangen haben. Deutschland und Polen aber müssen es sich energisch verbitten, daß eine Frage, die zwischen beiden Staaten längst ihre Regelung gefunden hat, und nur Deutschland und Polen angeht, von den ewigen Kriegstreibern in Europa dazu benutzt wird, unter Einmischung in die Angelegenheiten fremder Staaten erneut den Versuch zu machen, die guten Beziehungen zwischen zwei benachbarten Völkern zu trüben. Auch das französische Volk dürfte an derartige Machenschaften keinerlei Interesse haben und nur einem Staat wird mit solchen Manövern gedient: der Sowjetunion, die von ihren inneren Schwierigkeiten offenbar durch die Entfesselung des neuen Lügenfeldzuges ablenken will und kein Mittel unverzucht läßt, selbst unter großem finanziellen Einsatz die Welt immer wieder mit neuen politischen Märchen zu überraschen.

Danziger Erklärung zu den Pariser Lügen

Danzig, 15. Febr. Zu den Pariser Greuelmeldungen über angebliche deutsche Staatsstreikpläne auf Danzig wird von maßgeblicher Danziger Seite u. a. folgendes erklärt:

„Auf den Inhalt dieser allen tatsächlichen Gegebenheiten allzu augenscheinlich widersprechenden Lügen internationaler Brun-

nenvergister einzugehen, besteht von vornherein keine Veranlassung. Die Hintergründe dieser Sensationsmache sind außerdem in dem Kommentar des „Deutschen Dienstes“ umfassend gekennzeichnet worden, wobei auch auf die Interessen sowjetrussischer Unruhefester vollkommen richtig hingewiesen wurde.

Charakteristisch für den Wert dieser Kombinationen ist der Umstand, daß ihre Autoren offenbar der Anschauung gewesen sind, daß Generaloberst Göring und Senatspräsident Greiser zu gleicher Zeit in Polen weilen, was tatsächlich nicht der Fall ist, da Senatspräsident Greiser zu einem späteren Zeitpunkt als Generaloberst Göring zur Staatsjagd in Bialowieza eingeladen worden ist.“

Auch Warschau gegen die Lügen

Warschau, 15. Febr. Sehr reich hat die polnische Presse das neueste Lügenmanöver eines Teiles der französischen Zeitungen durchschaut, die von Verhandlungen Generaloberst Görings über Danzig anlässlich seines Jagdaufenthalts in Bialowieza gefabelt haben. Der Krakauer „Illustrierte Kurier“ schreibt, daß er nicht gewillt ist, auf den Pariser Leim zu treten. Es gebe eine gewisse Gattung dreifachklassiger internationaler Journalisten, die sich, wenn ihnen nichts anderes einfiele und sie nichts erführen, mit dieser Verbreitung phantastischer Gerüchte und Erfindungen befassen. An dem ganzen Gerede sei so viel wahr, daß Ministerpräsident Göring nach Polen komme. Das sei bereits durch Communiqué bekannt.

Staatspräsidentenwahl in Finnland

Kallio finnischer Staatspräsident

Helsinki, 15. Febr. Ministerpräsident Kallio wurde mit 177 von 300 Stimmen im zweiten Wahlgang zum finnischen Präsidenten gewählt.

Die Präsidentenwahl wurde am Montag von den 300 Wahlmännern im Reichstag vorgenommen. Die Tribünen waren bis zum letzten Platz gefüllt mit Vertretern des fast vollständig vertretenen diplomatischen Corps, darunter dem deutschen Gesandten von Blücher. Ministerpräsident Kallio leitete verfassungsmäßig selbst die Wahl. Die Spannung über den Ausgang war unerhört groß. Bis zuletzt hatten die Parteien noch untereinander verhandelt, ohne daß im voraus Klarheit über den Wahlausgang zu gewinnen war.

Im ersten Wahlgang erhielt Soihufvud 94 Stimmen (18 Stimmen von der Vaterländischen Volksbewegung, 68 von der Soihufvud-Liste und 8 schwedische Stimmen); zwei Schweden

waren also sofort schon im ersten Wahlgang Soihufvud untreu geworden.

Kallio erhielt zunächst nur die 56 Stimmen seiner Partei und der frühere Präsident Stahlberg (Fortschrittspartei) genau 150 Stimmen, also gerade eine Stimme weniger, als zu seiner sofortigen Wahl mit absoluter Mehrheit im ersten Wahlgang nötig gewesen wäre. Für Stahlberg stimmten 95 Sozialdemokraten, die also aus taktischen Gründen und vor allem, um eine Wahl Soihufvuds zu hintertreiben, im ersten Wahlgang schon ihren eigenen Kandidaten fallen ließen. Ferner stimmten für Stahlberg 36 Fortschrittler und 19 Schweden.

Am 16 Uhr MEZ begann der zweite Wahlgang, der um 16,30 Uhr beendet war. In ihm erhielt Ministerpräsident Kallio mit 177 Stimmen die absolute Mehrheit, da ihm nunmehr geschlossene die sozialdemokratischen Stimmen zuzielen. Er wurde damit zum Präsidenten Finnlands gewählt. Stahlberg waren nur noch insgesamt 19 Stimmen zugefallen und Soihufvud 104 (86 Stimmen der Sammlungspartei, 18 der Vaterländischen Volksbewegung und 18 Schweden).

Der neue Präsident tritt sein Amt am 1. März an. Es ist zu erwarten, daß die gegenwärtige Regierung dann sofort zurücktreten und sich nach links in heute noch unbekanntem Maße ergänzen wird. Folgende merkwürdige Lage tritt dann ein: Kallio muß dann als vorläufiger Staatsminister sich selbst als dem künftigen neuen Staatspräsidenten die Demission seiner Regierung mitteilen.

Kallio wurde geboren 1873 in Nivala in Oesterbotten. 1918 war er Senator im Freiheitsrat von Soihufvud, später oftmals Minister und Vorsitzender des Reichstages und mehrmals Ministerpräsident. Ein großes Agrarreform-Gesetz von 1918 heißt nach ihm Lex Kallio.

S. Passer Wege die sich kreuzen

Uebersetzer-Rechtschreib-Korrekturverlag Erich Marold, Leipzig C 1 63

Tage, randvoll mit Arbeit für Daniela und Doris im Rahmen der neuen Fabian'schen Zeitschrift, welche alle an sie geknüpften Erwartungen noch übertrifft. Da wird auch Klemens reichlich in Atem gehalten. Er wiederum treibt den Architekten Leberow an, sich mit den baulichen Arbeiten im Verlagshaus nach Tüchtigkeit zu heilen.

Es herrscht reger Betrieb im Haus Ritterstraße 9. Inmitten dieses Lebens und Treibens geht dessen Geniechefin noch immer recht sauerdöppisch ihren Pflichten nach. Aber die äußerst befriedigenden Abrechnungen mit Herrn Liebling entlocken ihr doch hin und wieder die Andeutung eines Schmuzzels. Das erfährt alsbald Frau Schag, die ihrerseits kein Geheimnis daraus macht, so daß die Angestellten, die seit der durchgreifenden Gehaltsaufbesserung mit großem Eifer ihrer Arbeit obliegen, nunmehr wirklich an Zeichen und Wunder zu glauben beginnen.

Tief, ganz tief in der Arbeit steckt auch Georg Lewen. Dr. rer. pol. und Beamter der Dürkheimbank. Die Abteilungen Buchhaltung, Kasse, Börsen und Effekten hat er bereits hinter sich. Unglaublich rasch hat er sich eingearbeitet und wird jetzt in die Finanzgebarung ausländischer Valutengeschäfte eingeweiht.

Sie alle, die jungen Leute, die da in der Woche redlich schufteten, achten auf strengste Einhaltung des Sonntags als gottgewollten Ruhetags, wie Doris ihn

nennt. Es hat sich bald ergeben, daß man ihn zu viert verbringt. Meist in Haus Kastor, von dem Doris laut und Klemens still begeistert ist. Aber das Kleblatt unternimmt mitunter auch gemeinsame Spaziergänge, Theaterbesuche und trifft auch hin und wieder beim Tanztee oder im Kino zusammen.

Weiße Zeile, sowohl die Lewens als auch Fabian mit seiner Kameradin Wendhausen, verzichten auf jeden weiteren Verkehr, weil man miteinander und untereinander genug Freude und Anregung findet. Georg und Doris stehen auf lustigem Redfuß. Mit Klemens kann Georg gute, ernste Gespräche führen, ein wenig geschäftlich und immer sehr menschlich. Daniela und Doris haben gegenseitig eine sehr große Zuneigung zueinander gefaßt. Und an einem Sonntagabend, da Doris mit Klemens aus Schildhorn heimfährt, sagt das Mädchen zu dem Mann:

„Wissen Sie, lieber Fabian, wir beiden armen einzigen Kinder finden in den Lewens die Geschwister, die uns verfaßt gebildet sind. Wir bedeuten diese beiden Menschen eine große Bereicherung meines Lebens.“

Dem stimmt Klemens wohl aus vollem Herzen zu. Georg empfindet er auch wirklich als Bruder. Daß seine Gefühle für Daniela jedoch ganz andere sind, gesteht er nur sich ein. Nicht ihr, die er immer inniger liebt, beschweigt er denn, einem Dritten und sei es selbst sein bester Kamerad.

Indes Georg und Daniela die Berufsarbeit auch heilsame Arznei für ihre in Ungelährtheit lastenden Herzangeneheiten bedeutet, ist Rosine, ohne gezielte Tätigkeit, ohne Pflichtenkreis, schlimm dran. Zudem liegt tatenlos Warten in geschätzter Stellung — man kann diese auch „Reifed“ nennen — ihrem Temperament herzlich wenig.

Wohl spielt sie in dieser Zeit sehr viel Klavier,

besonders Wagner und Liszt. Dann und wann singt sie auch Vieder zur Laute. Freche einmal, traurige das andere Mal. Ziel- und zwecklos läßt sie sich von Dierle herumfahren, für den sie sich eine neue, totschide, dunkelgrüne Chauffeuruniform ausgedacht hat. Daraus in die Umgebung. Hinein in die Stadt. Dort macht sie nutzlose Besorgungen oder unmotivierte Besuche, die sie ebenso plötzlich abbricht, wie sie sie beginnt.

Sie ist blaß und zerschlagen. Nichts davon entgeht Ottolar Dürkheim. Aber diesmal zieht er nicht Professor Klatt zu Rate. Und auch mit Rosine spricht er nicht über seine Wahrnehmungen. Denn damit, das weiß er wohl, würde sich nichts bessern, ja nicht einmal ändern lassen.

Und dann kommt es zu der Begegnung in der Kunstausstellung, die diesem aufreibenden Zustand ein vorläufiges Ende setzt.

Das Erstlingswerk eines jungen Malers macht viel von sich reden. In seltener Einmütigkeit zeichnet die Kritik es mit rückhaltlosem Lob aus und nennt das Kunstwerk das große Versprechen eines Genies.

Sich dieses anzusehen, läßt sich der Berliner nicht entgehen und so wandern alltäglich ganze Prozessionen in die Kunstausstellung.

Deswegen hat Rosine sich an jenem Sonntagmorgen sehr zeitig dahin aufgemacht. Sie findet die Säle auch wirklich noch wenig bevölkert und kann sich ziemlich ungestört in den Anblick des Bildes vertiefen. Es heißt: „Wege, die sich kreuzen“ und stellt eine sehr kontrastreiche Begegnung dar. Im Hintergrund eines sommerlich-sonnigen Waldweges steht eine Kapelle, die ein junges Frauenwesen nach dort vollbrachter Andacht verläßt. Auf ihrem weiß-weißen Gesicht liegt heilige, fromme Anwesenheit. Ihre Augen leuchten Hoffnung und Erwartung.

(Fortsetzung folgt.)